

## Presseinformation

Kiel, den 15. September 2011

Es gilt das gesprochene Wort

### **SSW im Landtag**

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80

Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300

Fax (04 61) 144 08 305

E-mail: [landtag@ssw.de](mailto:landtag@ssw.de)

Anke Spoorendonk

### **TOP 18 & 39 Verantwortliche Finanzpolitik für ein starkes Europa**

Drs. 17/1768, 17/1815, 17/1816

In den letzten zehn Jahren sind wir Zeugen geworden, wie einer der zentralen Glaubenssätze des Kapitalismus seine Gültigkeit verlor. Die Annahme, dass wirtschaftlicher Wachstum dem Wohlstand der Gesellschaften dient, hat sich in Luft aufgelöst, seitdem Hedgefonds und Ratingagenturen nicht davor zurückschrecken, selbst die Weltmächte aufs Korn zu nehmen. Diese Marktkräfte sind keine Naturgewalten. Die Schritte zur Etablierung der neuen Finanzmärkte waren aktive politische Entscheidungen. In Deutschland wurden Hedgefonds und Kreditderivate 2004 von der damaligen rot-grünen Bundesregierung zugelassen. Aber die neue Finanzwelt ist kein Freund der Politik und kennt keine moralischen Maßstäbe. Das sehen wir spätestens jetzt, wo Staaten und ihre Währungen zu Jagdwild werden. Wenn die Politik regulierend eingreifen kann, um die Banken zu stützen, dann hat sie auch die verdammte Pflicht, dafür zu sorgen, dass die Finanzindustrie nicht unsere Demokratien zerstört. Deshalb unterstützen wir die Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer und einer rigiden Regulierung der Finanzmärkte. Aber es wird – wenn überhaupt – noch lange dauern, bis die Söldner der Finanzwirtschaft wieder entwaffnet sind. Zu Einflussreich ist ihre Lobby, zu groß ist ihre wirtschaftliche

Bedeutung für die großen Finanzstandorte wie London. Solange sie weiter marodierend durch die Welt ziehen, schwindet aber das Vertrauen der Menschen in die Handlungsfähigkeit und die Souveränität der Parlamente und Regierungen und damit in die Demokratie insgesamt.

Wenn etwas durch die deprimierende jüngere Geschichte der Finanzwirtschaft deutlich wird, dann ist es, dass man aufpassen soll, welche Geister man ruft. Dies gilt auch für die Frage, wie sich angesichts der Griechenlandkrise die Ökonomie der Eurozone retten lässt. Der SSW hat die Einführung des Euro mit großer Skepsis verfolgt – aus guten Gründen, die wir heute bestätigt sehen. Aber es gibt kein Zurück mehr. Wenn wir vor einem weißen Blatt Papier säßen, dann wäre es richtig, die anderen 16 Euroländer zu entlasten und Griechenland wieder die Handlungsspielräume zu geben, die eine eigene Währung bietet. Aber die Folgen dieses Schrittes wären in der Realität derart gravierend und unüberschaubar, dass er keine wirkliche Option ist. Es kann nur um die Frage gehen, wie innerhalb des bestehenden Systems eine Rettung erfolgen kann, die die Attacken der Finanzmärkte auf den Euro stoppt und den Griechen einen Neuanfang ermöglicht.

Die bisherige Politik ist dazu nicht geeignet. Denn es bringt nichts, nun im besten Stile der Weltbank und des IWF neoliberale Reformen durchzudrücken und allein auf massive Kürzungen und Privatisierungen zu setzen. Diese Maßnahmen haben den Effekt gehabt, dass der letzte Rest an griechischer Wirtschaft abgewürgt wurde. Ohne eine funktionierende reale Wirtschaft wird es dort aber keine Steuereinnahmen, keine nachhaltige Haushaltskonsolidierung und keine Arbeitsplätze geben. Natürlich braucht die Eurozone eine Schuldenbremsung. Sie muss aber ein Mix aus Ausgabenkürzungen und Einnahmesteigerungen sein, ansonsten endet die Diät tödlich. Vor allem aber löst der Schuldenabbau allein nicht die wirtschaftsstrukturellen Probleme des Landes. Ohne eine gezielte Förderung der Wirtschaft wird Griechenland niemals wieder auf die Beine kommen. Insofern ist die Diskussion darüber, ob die Eurozone sich zu einer Transferunion entwickelt, auch recht theoretisch. De facto ist sie es schon, indem die Regierungen notgedrungen die „No bailout-Klausel“ übergangen und Milliarden in riesige Rettungsschirme gepumpt haben, die Griechenland am Ende gar nicht abbezahlen kann. Die Währungsunion kann

gar nicht anders als eine Transferunion sein, weil sie aus politischen Gründen Mitgliedsländer aufgenommen hat, die nicht für einen so starken Euro gebaut sind.

Die Frage ist allerdings, welche Konsequenzen aus dieser Erkenntnis gezogen werden. Die Anträge der SPD und der Grünen geben, wie viele Stimmen in der deutschen Debatte, die Losung mehr politische Integration aus. Diese Forderung nach einer Zentralisierung hat in der deutschen Politik eine lange Tradition. Aus der aktuellen Eurokrise einen Imperativ für eine Wirtschaftsregierung, Eurobonds oder gar für die Vereinigten Staaten von Europa abzuleiten, ist aber ein theoretisches Unterfangen, das mit der Wirklichkeit Anno 2011 sehr wenig zu tun hat.

Selbst die größten Idealisten kommen nicht um die Realität herum, dass ein allzu forsches Vorgehen die Union als solche bedroht – und zwar von zwei Seiten. In den betroffenen Ländern begehrt die Bevölkerung auf. Die Menschen wollen Zukunftschancen, die ihnen durch das massive Sparen geraubt werden. Nicht umsonst warnt die UNO davor, dass ihre Menschenrechte bedroht sind. Die Menschen wollen eine Zukunft, aber sie wollen auch ihre Selbstbestimmung wahren. Sollten die größeren, reicheren Euro-Länder hier zu sehr als Besserwisser auftreten und ihre Macht ausspielen, wird es nur kontraproduktiv wirken. Das Projekt Europa, das ja nicht zuletzt auf der historisch begründeten Hoffnung baut, die großen Länder in Europa und insbesondere Deutschland zu bändigen, wäre ad absurdum geführt.

Parallel zum Frust in den Krisenländern wächst der Unmut in den anderen Ländern, die in einen Rettungsfonds nach dem anderen einzahlen. Die Menschen dort haben das Gefühl, um die eigene Wirtschaftsleistung und die eigenen sozialen Errungenschaften gebracht zu werden. Diese Stimmung muss ernst genommen werden. Dass auch hier nicht gerade die Einheitseuphorie vorherrscht, sollte man nicht als Populismus abtun, denn das Projekt EU kann nie besser werden als das, was die Bevölkerung will und zulässt. Ansonsten wird es undemokratisch.

Durch die Reaktionen der Bevölkerungen in den Geber- und Nehmerländern, die teilweise schon als soziale Unruhen bezeichnet werden müssen, wächst der Abstand zwischen den Bürgern, der

Politik und den europäischen Institutionen. Die Gefahr der Entfremdung wird aber noch viel größer, wenn Deutschland nun glaubt, die Krise durch eine massive Zentralisierung bewältigen zu müssen. Die Folge wäre eine weitere Spaltung, die auch das Herz der europäischen Zusammenarbeit zu zerreißen droht. Wir kommen nicht umhin, dass Europa heute schon geteilt ist. Wir haben eine EU der 27, eine Währungsunion der 17 und europäische Länder außerhalb der EU. In dieser Situation ist es fatal, dass Deutschland jetzt mit dem Gedanken einer EU der zwei Geschwindigkeiten spielt. Wenn die 17 Euroländer gemeinsam vordreschen – sofern sie sich denn darauf verständigen können – dann führt dieses nicht dazu, dass die anderen dem früher oder später willig folgen. Es wird keine Mehrheiten für solche Änderungen der EU-Verträge und der nationalen Verfassungen geben. Dies gilt erst recht für jene Länder, wo dafür Volksabstimmungen erforderlich sind und für die strukturschwächeren Staaten. Das Beispiel Griechenlands zeigt ja gerade, dass schwache Volkswirtschaften besser dastehen, wenn sie die Möglichkeit behalten, ihre Währung abzuwerten und so international wettbewerbsfähig zu bleiben.

Die Befürworter einer politischen Union verweisen darauf, dass Europa ohne eine Zentralisierung der politischen Macht in der Globalisierung nicht als ökonomische Macht bestehen kann. Sie müssen sich aber vorwerfen lassen, dass sie der bisherigen europäischen Zusammenarbeit einen anderen Sinn geben. Denn sie bringt den entscheidenden Glaubenssatz der EWG, der EG und heute der EU in Gefahr. Die europäische Idee war ein Friedensprojekt, das auf die gleichberechtigte Mitwirkung aller Länder in Europa baut. Wer dieses Projekt nun umdeutet und einen Weg geht, der nicht mehrheitsfähig ist, spaltet die Europäische Union und verabschiedet sich von diesem Ziel. Das sollte dann ehrlicherweise auch klar gesagt werden.

Die EU und die Eurozone stehen vor der großen Herausforderung, dass eine größere wirtschaftliche Solidarität erforderlich ist, ohne dass eine größere politische Integration Europas möglich wäre. Jenseits der unrealistischen Gedankenspiele mit einer europäischen Wirtschaftsregierung, einem europäischen Finanzminister oder Eurobonds gibt es nur Lösungen, die die nationale Souveränität achten – was ja auch für Deutschland nicht irrelevant ist, wie das jüngste Urteil des

Bundesverfassungsgerichts zeigt. Verbindlichere Regeln, wie die Verankerung von Schuldenbremsen in den nationalen Verfassungen, können ein Weg sein, um die Neuverschuldung abzubauen – durch Kürzungen ebenso wie durch Einnahmeverbesserungen. Im Zweifel muss die Stärkung der Wirtschaft und ihrer Wettbewerbsfähigkeit, die nachhaltig sowohl für Steuereinnahmen wie für Arbeitsplätze sorgen, Vorrang vor Kürzungen haben. Deshalb müssen die Länder auch zyklische Haushaltsdefizite haben dürfen, bis sie sich wirtschaftlich erholt haben. Zu einer soliden Lösung für Griechenland gehört zudem, dass nicht nur auf die Staatsschulden fokussiert wird, sondern auch auf die ökonomischen Voraussetzungen, die dem Land innerhalb einer Union mit einer starken Währung heute keine Chance geben. Da eine Spaltung der Euro-Zone für die Griechen wie für den Rest katastrophale Folgen hätte, muss man in Betracht ziehen, die griechische Wirtschaft durch eine gezielte Wirtschaftsförderung, eine Art „Marshall-Plan“, auf Wachstumskurs zu bringen und wettbewerbsfähig zu halten.

Was in Südeuropa die Menschen auf die Straße treibt, in Deutschland Unmut auslöst und die Finanzmärkte in Unruhe versetzt, sind nicht nur die Schulden der Griechen, sondern auch das Taktieren und Lavieren der Regierungen in der aktuellen Krise. Sie wollen vor allem eins: dass die Politik ehrlich und realistisch ist. Es muss endlich klar gesagt werden, dass wir innerhalb der Währungsunion alle in einem löchrigen Schiff ohne Rettungsboote sitzen und dass die reicheren Länder jetzt schnell die Reparatur zahlen müssen, bevor der Dampfer absäuft. Das mag weh tun, aber alles andere ist fahrlässige Augenwischerei.